



Der faire Salon

Die Wertegemeinschaft für das Friseurhandwerk



Sehr geehrter Bundesarbeitsminister Hubertus Heil,
Sehr geehrter Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck
Sehr geehrte Damen und Herren in der Politik.

Als ich im Jahr 2008 die Wertegemeinschaft für das Friseurhandwerk „Der faire Salon“ ins Leben rief, ging es weitgehend um faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. Inzwischen zählt dieser Werteverbund um die 200 erfolgreiche Friseurunternehmen, die in der Spitze sogar Löhne zahlen, welche die 3.000 € Grenze überschreiten, während der Tariflohn (NRW) je nach Qualifikation zwischen 1.663 bis 2.170 Euro brutto im Monat schwankt.

In meinem eigenen Unternehmen herrschen gute Arbeitsbedingungen. Wir zahlen übertarifliche Löhne, Provisionen, Fahrtkostenzuschuss und schütten Gewinne des Unternehmens direkt an die Beteiligten aus. Eigentlich eine Philosophie für die Arbeitswelt von Morgen, trotzdem finden wir keine Mitarbeiter.

Bei uns in Düsseldorf sind etwas über 200 Friseure/innen bei der Agentur für Arbeit als arbeitslos gemeldet. Trotzdem finden Düsseldorfer Friseure, die teils verzweifelt Mitarbeiter suchen, keine Bewerber. Den Grund dafür kennen wir und er wurde kürzlich auch durch eine erste Bewerberin (seit fünf Monaten über die Arbeitsagentur kommend) bestätigt: „... in den fünf Jahren meiner Arbeitslosigkeit hatte ich kleinere Jobs, habe aber meinen ganzen Freundes- und Bekanntenkreis die Haare schneiden, färben und mit allen anfallenden Arbeiten versorgen können“.

Schwarzarbeit - es ist die Frage, ob hier Schwarzarbeit die Leistungen der Arbeitsagentur aufstockt oder umgekehrt. Bei Kunden, wie auch bei den Tätigen, gibt es hierzu keinerlei Unrechtsbewusstsein. So wird nicht nur die Solidargemeinschaft geschädigt. Es entsteht zusätzlicher Schaden durch verloren gegangene Umsatzsteuer, von Spätfolgen (Altersarmut) einmal abgesehen.

Zur Verschärfung dieser Situation beigetragen hat die Entscheidung der Ampelkoalition, Sanktionen bei Arbeitsunwilligen auszusetzen.

Das Friseurhandwerk hat neben dem Fachkräftemangel auch ein Problem mit Arbeitsunwilligen. Diese Situation besteht bundesweit und kostet dem deutschen Steuerzahler Monat für Monat geschätzte 10 Millionen Euro.

Ebenso bedenklich für das Friseurhandwerk ist die Kleinstunternehmen Regelung. Betriebe, die angeben weniger als 1.833 € Gesamtumsatz im Monat (22.000 € / Jahr) zu erwirtschaften, werden von der Umsatzsteuer befreit und können diese Ersparnis in Form eines Preisvorteils an Kunden weitergeben.

Ein Friseurunternehmen benötigt zum Überleben 60 € Umsatz pro Mitarbeiter/Stunde. (Tendenz steigend). Eine Dienstleistung mit 3 Stunden Tätigkeit muss mit 180 € als Mindestpreis angesetzt werden, hinzukommt die abzuführende Umsatzsteuer in Höhe von 34,20 €. Der Gesamtpreis für diese Dienstleistung liegt dann bei 214,20 €, während der Kleinstunternehmer, lächelnd ohne weiteren Verlust, diese Arbeit für 180 € anbieten kann.

Bei einer - aus Sicht des Kunden - gleichen oder ähnlichen Dienstleistung, entscheidet meist der günstigere Preis. Hier hat eindeutig der ehrliche und steuerzahlende Unternehmer das Nachsehen.

Als ich 2012, in Form einer Petition an den Bundestag dieses Thema aufgriff, bekam ich zur Antwort, es sei keine Benachteiligung erkennbar. Es müsse jedem Unternehmer freigestellt bleiben, welche Umsätze er erzielen möchte. Selbst der Zentralverband des Friseurhandwerks spricht hier von einer deutlichen Wettbewerbsverzerrung, die eine gesunde Marktentwicklung nicht zulässt. Verantwortlich hierfür ist einzig die Politik.

Somit wird auch eine Umsatzkorrektur nach unten in Betracht gezogen, von der immer mehr Friseur Unternehmer/innen gebraucht machen. Mittlerweile ist in der Bundesrepublik nahezu jeder Dritte Friseursalon Umsatzsteuerbefreit. Das ist unglaublich und entspricht von Einzelfällen abgesehen, nicht der Realität.

Das Bundesfinanzministerium, von mir vor Jahren daraufhin angesprochen, teilte mir dazu mit: ,die zu erwartenden Steuernachzahlungen und Strafen, stehen bei diesen Umsatzgrößen, in keinerlei Verhältnis zu den Lohnkosten der prüfenden Beamten.

Diese Sparmaßnahme widerspricht meiner Meinung nach dem Regierungsauftrag. Es ist Pflicht einer Regierung, Bürger vor unredlichen Machenschaften zu schützen, es kann nicht sein, das Straftaten aus Kostengründen nicht verfolgt werden.

Einigkeit und Recht und Freiheit.... Gesetze und Regelungen, die den einen Teil der Bevölkerung bevorzugen und den anderen schaden, sind nicht rechtens und tragen auch nicht zur Einigkeit bei. Die Freiheit des Einzelnen hört dort auf – wo es beginnt das Andere Schaden nehmen.

Im Namen aller fairen und ehrlich arbeitenden Handwerker, (nicht nur in der Friseurbranche) protestiere ich gegen solche Erlasse, Beschlüsse oder Handlungsweisen, die dem Allgemeinwohl schaden, dazu fragwürdig und schädlich sind.

Wir Handwerker und Unternehmer sind für den geschäftlichen Erfolg verantwortlich und haftbar. Wir sind für die Lebensumstände unserer Mitarbeiter und Familienangehörigen mitverantwortlich. Hierzu brauchen wir klare und kontrollierte Rahmenbedingungen, die für einen fairen und ehrlichen Wettbewerb Sorge tragen.

Die von mir beanstandete Kleinstunternehmerregelung, wie aber auch die Aussetzung sämtlicher Sanktionen bei Verweigerung der Mitwirkungspflicht von Arbeitslosen, begünstigen einzig und allein die Schwarzarbeit und die Verschleierung von erreichten Umsätzen. Das ist bedenklich.

Als Pressesprecher der Friseurinnung Düsseldorf lade ich Sie, auch im Namen unserer Obermeisterin Monika Schmitter, zu einem Meinungsaustausch ein.

Die Friseurinnung Düsseldorf vertritt die Friseurbetriebe im Raum Düsseldorf und setzt sich seit vielen Jahren (leider ergebnislos) gegen Schwarzarbeit und für eine strikte Kontrolle und Überprüfung der Betriebe ein.

Düsseldorf, 12.07.2022

Rene Krombholz

Friseurmeister / Unternehmer

Initiator der Wertegemeinschaft „Der faire Salon“

Pressesprecher Friseurinnung Düsseldorf